

Elterninitiative „Für mehr Lehrer an Bayerns Schulen“  
c/o Albert Orterer  
Kalkofenstr. 38  
83646 Wackersberg  
Tel. 08042/509450

Herrn Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein,  
Herrn Staatsminister Siegfried Scheider  
- persönlich übergeben -

Wackersberg, 08.07.2008

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Minister,**

vielen Dank für Ihre Bereitschaft zur persönlichen Entgegennahme der Unterschriften aus der Aktion „Mehr Lehrer für Bayerns Schulen“.

Anbei erhalten Sie 136.000 Unterschriften von Bürgern unseres Freistaates, die sich für bessere Unterrichtsbedingungen an unseren Schulen einsetzen möchten.

Die Unterschriftenaktion ist von unserer Elterninitiative ausgegangen, wobei uns das Forum Bildungspolitik und seine 36 Organisationen kräftig unterstützt haben, darunter der Bayerische Elternverband, der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband, die Landeselternverband Bayerischer Realschulen und die Landeselternvereinigung der Gymnasien für Bayern.

Das Teilnehmerergebnis hat unsere Erwartungen in diesem Jahr nicht ganz erfüllt. Nach der enttäuschenden politischen Reaktion auf die Unterschriftenaktion vom Vorjahr haben uns dieses Jahr viele gefragt: „Die zahlreichen Unterschriften wurden bereits letztes Jahr von der Staatsregierung ignoriert, wieso sollte es dieses Jahr anders sein“

Es haben sich aber doch wieder mehrere tausend Elternbeiräte aus 403 Grund- und Hauptschulen, aus 45 Förder- und 15 Realschulen sowie 27 Gymnasien engagiert und haben dieses großartige Ergebnis ermöglicht.

In der beiliegenden Aufstellung finden Sie die teilnehmenden Schulen und Orte mit der jeweils zugehörigen Anzahl von Unterschriften.

Warum so viele Elternbeiräte aktiv wurden und so viele Bürger gerne unterschrieben haben, ist nicht der Erfolg unserer Initiative, sondern kommt von der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der derzeitigen Schulpolitik:

Es fehlen Lehrer an allen Ecken und Enden. Wir haben zu große Klassen, benachteiligende Bedingungen für die jahrgangskombinierten Klassen und zu viele Unterrichtsausfälle. Gegen diese drei Punkte richtete sich auch unsere Unterschriftenaktion.

Kurz gesagt: Es wird seit Jahren auf Kosten der Schulbildung unserer Kinder gespart. Wenn sich nichts ändert, so fürchten wir, werden uns und unseren Kindern die Folgen in 10 bis 20 Jahren teuer zu stehen kommen.

Die vielen Elternbeiräte, die uns unterstützt haben, sowie die 136.000 Bürger, die unterschrieben haben, fordern deshalb bessere Rahmenbedingungen für die Schulbildung der Kinder unseres Landes.

### **Die Forderungen im Einzelnen:**

#### Zu den großen Klassen:

Mit Freude haben wir die Ankündigungen vom 2. April und 24. Juni dieses Jahres aufgenommen, dass die Klassen, längerfristig gesehen, kleiner werden sollen.

Wir Eltern wollen jedoch Verbesserungen für unsere Kinder und nicht erst für unsere Enkel. Österreich hat es auch geschafft, vom vorherigen auf das aktuelle Schuljahr für die Eingangsklassen die Klassenobergrenzen auf 25 Kinder zu senken – und das für **alle** Schularten. Bei uns gibt es noch nicht einmal einen veröffentlichten Plan, wie wir auf kleinere Klassen kommen sollen.

#### Grundschulen:

Aus der aktuellen Klassenbildungsrichtlinie für das kommende Schuljahr geht hervor, dass an den Grundschulen der Rückgang der Schülerzahlen weiterhin vorrangig dazu genutzt wird, Lehrerstellen abzubauen. Nach diesen Zahlenwerten ergibt sich ein Abbau von mehr als 300 Lehrerstellen, während viele angehende Lehrer auf der Warteliste stehen. Die maximalen Klassenstärken bleiben weiterhin bei 30 – von einer Absenkung ist nichts zu sehen.

#### Förderschulen:

Wir sind enttäuscht, dass für die Förderschulen keine Absenkung der maximalen Klassengröße vorgesehen ist. Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) fordert seit langem eine Reduzierung der bisherigen Höchstzahlen um ein Viertel. Dieser Forderung möchten wir Eltern uns anschließen, da gerade die Schwächeren in unserer Gesellschaft mehr Unterstützung brauchen, damit auch sie eine vernünftige Zukunftsperspektive bekommen.

#### Hauptschulen:

Bei den Hauptschulen werden gemäß den Zahlen aus der Klassenbildungsrichtlinie sogar über 500 Stellen eingespart. Wir sind enttäuscht, dass für diese Schulen nicht einmal in der Zukunft kleinere Klassen vorgesehen sind, obwohl die Jugendlichen beim Ausscheiden aus der Hauptschule derzeit die schlechtesten Berufschancen haben. Bei kleineren Klassen wäre die oftmals notwendige Individualförderung wesentlich besser möglich.

Es müssten auch die Klassenmindestgrößen von derzeit 15 auf 13 reduziert werden, damit einem Sterben der Hauptschulen auf dem Land entgegengewirkt wird und außerdem ergibt sich diese Notwendigkeit bei Reduzierung der Klassenstärken auf 25 (bei 26 muss geteilt werden können).

#### Realschulen und Gymnasien:

Die geplante Absenkung der Klassenobergrenzen ist zu begrüßen. Auch hier sollte das aber bei den Eingangsklassen sofort zu spüren sein. Auch wenn die notwendige Anzahl von Pädagogen am Markt derzeit nicht verfügbar sein sollten, so sollte wenigstens das dafür notwendige Budget im Haushalt eingeplant werden, damit arbeitssuchende Lehrkräfte stets sofort eingestellt werden können und nicht erst nach Alternativen am Arbeitsmarkt suchen. Nur so können wir glauben, dass die Absenkung der Schülerzahlen in den Klassen ernst gemeint ist.

### Zu den jahrgangskombinierten Klassen:

Es würde uns weiterhin der Bericht vom ISB über den Schulversuch mit jahrgangskombinierten Klassen interessieren. Solange wir diesen nicht bekommen, müssen wir weiterhin eine große Diskrepanz annehmen zwischen dem, was in dem Bericht stand und dem was Frau Hohlmeier damals dem Landtag dazu berichtet hatte.

In Österreich gibt es übrigens diese Lehrer-sparklassen nicht. Bei 26 Kindern wird die Klasse geteilt und ab 51 werden es drei Klassen und fertig – so einfach ist es dort. Nur wo Eltern Kombiklassen wollen, weil sonst die wohnortnahe Schule aufgelöst würde, gibt es diese Klassenform, wobei die Klassen dort dann sehr klein sind.

Bei uns dagegen wurden die Kombiklassen an mehrzügigen Schulen eingeführt, um den Rückgang der Schülerzahl voll zum Abbau von Lehrerstellen nutzen zu können. Und die Kinder auf dem Lande mussten schlechter gestellt werden, damit es dort keine Vorteile gibt, anstatt die großen Klassen abzubauen.

Nun sollen ja (hoffentlich sofort) die Klassen kleiner werden. Dann könnten Sie Herr Ministerpräsident und Herr Minister ja nun auf dieses Argument verzichten oder muss das Geld, das für Ganztageschulen ausgegeben werden soll bei anderen Schulen wieder eingespart werden?

Wenn die Kombiklassen um jeden Preis erhalten werden sollen, dann muss wenigstens die extreme Sparausführung wegfallen. Es muss 10 zusätzliche Lehrerstunden anstatt der derzeit gewährten 5 Stunden geben und eine Kombiklasse muss deutlich kleiner sein als die jahrgangstreuen Klassen. Die Obergrenze muss bei 20 Kindern liegen.

Damit kann die Kombiklasse nur errichtet werden, wenn 70 Kinder zusammenkommen (maximal zweimal 25 plus einmal 20). Die jetzige Regel mit bis zu 79 ist entsprechend zu ändern.

Unsere Umfrage unter den Elternbeiräten der Grundschulen hat jedoch eindeutig ergeben, dass Eltern und Lehrkräfte zusammen entscheiden können sollten, ob mit der gleichen Lehrerstundenzahl lieber zwei große Klassen mit entsprechend vielen Differenzierungsstunden gebildet werden sollen oder drei Klassen, wobei eine davon eine jahrgangskombinierte wäre mit den 10 Differenzierungsstunden.

### Sekretariatsstunden bei Kombiklassen:

Warum Kombiklassen auch auf Ablehnung stoßen, sind die damit häufig verbundene Kürzung der Sekretariats-Stunden an den Schulen. Durch Kombiklassen wird der Verwaltungsaufwand zweifellos größer. Gleichzeitig wird es aber durch die Kombiklasse zahlenmäßig eine Klasse weniger und damit gibt es weniger (da an die Klassenzahl gekoppelt) Sekretariatsstunden. Damit müssen die Lehrer noch mehr Verwaltungsaufwand übernehmen. Schon jetzt klagen Eltern, dass Lehrer oftmals morgens zu spät in die Klassen kommen, weil sie vorher noch kurz Sekretariatsdienste zu erledigen haben. Jemand muss ja morgens z.B. das Telefon für eventuelle Krankmeldungen besetzen und die Lehrer informieren wenn das Sekretariat sonst nicht besetzt ist.

Ein weiteres Problem ist, wenn die Sekretariatsstellen von einer Drittel- auf eine Viertelstelle gekürzt werden (und später evtl. wieder umgekehrt), dass das Personal kündigt und damit häufig ein Stellenwechsel notwendig ist, was ebenfalls sehr ungünstig für den Schulbetrieb ist.

Um diese Nachteile zu vermeiden, sollten Kombiklassen bei der Berechnung der Zuweisung von Sekretariatsstunden doppelt gezählt werden (so wie wenn zwei normale Klassen gebildet worden wären).

### Zu den Unterrichtsausfällen:

Bei der derzeitigen Regelung der mobilen Reserven kommt es immer wieder zu nicht akzeptablen Engpässen an den Grund- und Hauptschulen.

Beispiel 1: In Bad Tölz an der Jahnschule hatte ein Lehrer einer Hauptschul-Abschlussklasse schon viele Wochen vorher erklärt, dass er in Elternzeit gehen werde. Nachdem keine mobile Reserve mehr verfügbar war, bemühte sich das Schulamt bei der Staatsregierung um eine weitere Stelle und bekam nur die Auskunft, dass der Topf leer sei. Erst nachdem der Fall im Münchner Merkur auf der Titelseite stand, wurde eine neue Lehrkraft gefunden.

Beispiel 2: Als in der Miesbacher Grundschule eine Lehrerin in den lange vorher angemeldeten Schwangerschaftsurlaub ging, mussten die Kinder mehrere Wochen auf eine neue Lehrkraft warten, bis dann die nächste Einstellungsstufe der Mobilen Reserven terminlich fällig wurde.

Deshalb muss es weitere Möglichkeiten der kurzfristigen Einstellung von Lehrkräften geben, wenn die Mobilen Reserven bereits komplett eingesetzt sind und weiterer Bedarf besteht.

An den Förderschulen sieht es nicht besser aus. Zum einen wurden uns viel von Unterrichtsausfällen berichtet. Oftmals wurde auch der „Mobile Sonderpädagogische Dienst“ (MSD) als „Mobile Reserve“ missbraucht, damit überhaupt Unterricht stattfinden konnte. Den MSD gab es dann nur noch auf dem Papier.

Die Bereitstellung eines Budgets an den höheren Schulen zur Bezahlung von Aushilfskräften ist sicherlich ein zu begrüßender Versuch. Es scheitert jedoch hier häufig daran, überhaupt jemand zu finden, der bereit ist. Eltern beklagen zudem, dass diese Kräfte oftmals keinerlei pädagogische Ausbildung haben und zuerst entsprechend geschult gehören.

Der Versuch in Unterfranken, über Personaldienstleister Aushilfskräfte zu finden, ist komplett fehlgeschlagen. Gemäß Pressemeldungen konnte nahezu keine Aushilfsstelle dadurch besetzt werden.

Aus diesen Gründen sollte es auch an den höheren Schulen Mobile Reserven geben, parallel zur Bereitstellung eines Budgets.

Es geht um unsere und vor allem um die Zukunft unserer Kinder. Deshalb hoffen wir Eltern, auch im Sinne des ganzen Landes, dass die Prioritäten in der Politik entsprechend gesetzt werden, damit alle Kinder, entsprechend ihren Fähigkeiten, eine gute Basis für ihr späteres Berufsleben bekommen, was die Voraussetzung dafür ist, dass sie einmal zu Leistungsträgern unserer Gesellschaft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Albert Orterer  
Vorsitzender der Elterninitiative  
„Für mehr Lehrer an Bayerns Schulen“  
c/o Kalkofenstr. 38  
83646 Wackersberg  
Tel. 08042/509450  
Fax 08042/509449  
[http: www.mehr-lehrer.org](http://www.mehr-lehrer.org)

Verteiler: Offener Brief im Internet unter [www.mehr-lehrer.org](http://www.mehr-lehrer.org).